

Mahnwache zur linksextremen Gewalt

„Mit der Verharmlosung muss nun Schluss sein!“ In Anbetracht brennender Autos, zerstochener Reifen und tätlichen Angriffen auf gewählte Abgeordnete vom Kreistag bis zum Bundestag hat sich die Hanauer AfD entschlossen am Montag eine Mahnwache zu veranstalten.

Dazu Klaus Dippel der Hanauer Sprecher der Partei:

„Wir möchten die Hanauer Bürger informieren über die Verbindungen der agierenden Menschen zu verfassungsfeindlichen Organisationen und über die Organisationen selbst. Wir möchten aufklären über die Fahnen und Symbole der Feinde unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung! Es darf sich nicht wiederholen, dass bürgerliche Kreistagsabgeordnete unbedarft hinter Fahnen von Altstalinisten und Kommunisten her trotteln, ohne zu wissen was sie tun!“

Letzter Tropfen der das Geduldsfass der Hanauer zum Überlaufen brachte, ist die Ablehnung jedwedes Gesprächsangebotes durch den DGB, veröffentlicht am Samstag im Hanauer Anzeiger.

Der stellvertretende Ortssprecher Stefan Hahn erklärt dazu:

„Gerade Herr Huth, dem der HA letztes Jahr noch ein indifferentes Verhältnis zur politischen Gewalt attestiert ist ja eine schillernde Persönlichkeit, die sich augenscheinlich nicht im Griff hat. („ Zum Thema Gewalt hat er dabei eine ganz eigene Sichtweise.“ So der HA 2017 zu Huths Beteiligung an den Demonstrationen vom G8 Gipfel in Heiligendamm) . Unvergessen sind seine Ausfälle während des Bundestagswahlkampfes.

Worüber will die AfD nun konkret informieren am Montag (17Uhr bis 18Uhr30) vor dem DGB Haus, Am Freiheitsplatz 6?

Über die politischen Straftaten im MKK

Über Straftaten im Kreis Offenbach und dem Wetteraukreis aus 2018

Über die Organisationen die vom Verfassungsschutz als linksradikal und linksextremistisch eingestuft werden: IL, VVN-BdA, Die Linke, Linksjugend Solid und andere.

Über die Verflechtung der Funktionäre der umbenannten SED mit dem DGB.

Über den Missbrauch des guten Leumunds der Gewerkschaften zu parteipolitischer Agitation durch einige wenige.

Über die Zweckentfremdung der Beiträge aller Gewerkschaftsmitglieder zu ideologischen Zwecken Weniger.

Über die Verfälschung des Wahlergebnisses durch Gewalt gegen Funktionsträger der AfD, durch nötigen Druck auf Wirte und Bürger und die klammheimliche Unterstützung durch bürgerliche Bürgermeister die einen Konkurrenten fürchten.